

Landwirtschaft sucht Zukunft

Einblick in die Arbeit und die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft

von Olaf Bandt, Elisabeth Fresen und Thomas Schröder

Wie soll die Landwirtschaft der Zukunft aussehen? Was essen wir morgen? Wie werden unsere Tiere gehalten? Solche und weitere Fragen stellten sich die Mitglieder der von Bundeskanzlerin Merkel einberufenen Zukunftskommission Landwirtschaft. Von September 2020 bis Juni 2021 diskutierten 30 Expert:innen aus Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft und legten einen einstimmig beschlossenen Abschlussbericht vor. Er beinhaltet zwölf gemeinsame Leitlinien und eine Zukunftsvision, bei der ökonomische, soziale und ökologische Herausforderungen zusammengedacht wurden. Zentrale Ergebnisse der Kommissionsarbeit werden im Folgenden dargestellt. Der Deutsche Tierschutzbund, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) waren Mitglieder der Kommission. Die Vertreter:innen dieser drei Verbände kommen in dem folgenden Beitrag zu dem Ergebnis, dass, wenn die neue Bundesregierung die Empfehlungen der Zukunftskommission aufnimmt und umsetzt, dies ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem neuen Gesellschaftsvertrag über eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungspolitik sein kann. Der Beitrag entstand, bevor die neue Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag vorlegte. Ein Hinweis auf die Empfehlungen der Zukunftskommission erfolgt in dem Koalitionsvertrag nicht.

Im Juni 2021 haben die Mitglieder der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) unter Vorsitz von Prof. Dr. Peter Strohschneider, dem langjährigen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, einstimmig ihren Abschlussbericht mit dem Titel *Zukunft Landwirtschaft – Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe* beschlossen.¹ Das Gremium war nach monatelangen Protesten von Bäuerinnen und Bauern im Sommer 2020 von Bundeskanzlerin Angela Merkel eingesetzt worden. Die Kanzlerin forderte von den Kommissionsmitgliedern »Empfehlungen und Vorschläge zu erarbeiten, um eine nachhaltige, das heißt ökologisch und ökonomisch tragfähige sowie sozial verträgliche Landwirtschaft in Deutschland auch in Zukunft zu ermöglichen«. In vielen Kapiteln des Abschlussberichts ist dies gut gelungen. Angesichts der vielen verschiedenen Interessen und Positionen in der ZKL ist der Bericht ein beachtlicher Kompromiss. Wenn die neue Bundesregierung die Empfehlungen aufnimmt und umsetzt, kann das ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Gesellschaftsvertrag über eine zukunftsfähige Agrar- und Ernährungspolitik sein.

Auf den 160 Seiten des Abschlussberichts werden die wichtigsten agrar- und ernährungspolitischen Themen diskutiert. Die ZKL formuliert politische Empfehlungen von unterschiedlicher Detailtiefe. Sie beruft sich im Bericht grundlegend auf die Ziele der Farm-to-Fork-Strategie der Europäischen Union (EU) und fordert eine Agrarpolitik zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens. Sie bekennt sich zum Ausbau des Ökolandbaus, fordert die Verringerung des Konsums und der Produktion tierischer Lebensmittel, die Reduzierung der Nutztierbestände und zugleich eine Stärkung der pflanzlichen Ernährungsweise. Sie schließt sich den Forderungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung (»Borchert-Kommission«)² zum Umbau der Tierhaltung an. Sie erwartet, dass die externen Folgekosten, welche die Land- und Ernährungswirtschaft der Gesamtgesellschaft verursachen, weitestgehend reduziert werden.

In der Richtung seiner Analysen und Empfehlungen lässt sich der ZKL-Abschlussbericht von einer Vision für die Zukunft des Landwirtschafts- und Ernährungssystems leiten, welche die Vertreter:innen der Jugend

im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und des Bundes der Deutschen Landjugend für die ZKL gemeinsam entwickelt haben.³ Diese Zukunftsvision verbindet die Bedürfnisse von landwirtschaftlichen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen, von Natur, Umwelt und kommenden Generationen weltweit. Dabei waren sich die Kommissionsmitglieder einig, dass derzeit noch nicht erbrachte gesellschaftliche Leistungen der Landwirt:innen einkommenswirksam honoriert werden müssen. Neben ordnungsrechtlichen Änderungen im Abschlussbericht ist dies die zentrale Säule.

Der Jugend folgen

Die ZKL hebt in ihrem Bericht hervor, wie wichtig eine grundsätzlich andere Agrar- und Ernährungspolitik ist. Die große Transformation wird mit Empfehlungen untermauert. Dabei wird auch auf den am 24. März 2021 ergangenen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts⁴ zum Klimaschutz verwiesen, der eine »objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen« einfordert. Das verdeutlicht für die ZKL, wie wichtig die Transformation des Landwirtschafts- und Ernährungssystems als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Es sei geboten »eine Agrar-, Ernährungs- und Umweltsowie Tierwohl-Politik zu forcieren, die auch im Sinne jener Vision zukunftsfähig ist, welche die beiden jüngsten Mitglieder der ZKL gemeinsam entwickelten und welche die Empfehlungen dieses Abschlussberichts leitet«.

In dieser Vision ist das Höfesterben beendet und die Arbeit der Landwirt:innen wird wertgeschätzt. Die Bäuer:innen tragen aktiv zum Umwelt- und Klimaschutz bei und halten ihre Tiere artgerecht. Viele Moorstandorte sind wiedervernässt. Nährstoffe werden in Kreisläufen genutzt, die Tierbestände sowie der Konsum tierischer Lebensmittel sind reduziert. Es herrschen ausgewogene Märkte, die Politik hat Oligopole und Monopole verhindert. Unfaire Handelspraktiken werden unterbunden und die Einkommen in der Landwirtschaft sind attraktiv. Klare Kennzeichnungen helfen, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen. Die Agrarförderung ist auf die Honorierung öffentlicher Leistungen der Bauernhöfe konzentriert. Die Landwirtschaft ist vielfältig und es werden faire Löhne gezahlt. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft hat keine negativen Folgen für Landwirt:innen in Drittstaaten.

Diese »Vision zur Zukunft der Landwirtschaft« beschreibt die Ziele einer schnellen und umfassenden ökonomischen wie ökologischen Transformation des gesamten Landwirtschafts- und Ernährungssystems in Deutschland. Dies hat die ZKL durch zwölf Leitlinien

konkretisiert, die den Rahmen des Transformationsprozesses beschreiben. Dabei geht es beispielsweise um die Vermeidung externer Kosten, die Finanzierung öffentlicher Güter oder regionale Kooperationsmodelle.

Die Sau rauslassen

Der Umbau der Nutztierhaltung ist seit Jahren auf der politischen Agenda – kommt aber kaum voran, da er politisch blockiert wird. Der tierschutzpolitische Stillstand der Bundesregierungen und des Bundesrates in den vergangenen Jahren ist kaum zu akzeptieren angesichts des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik aus dem Jahr 2015 über *Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung*⁵ sowie der Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung vom Februar 2020. Die wenigen Verbesserungen, die für die Nutztiere erreicht wurden, gingen auf Gerichtsbeschlüsse und -urteile zurück, nicht auf den politischen Willen der Regierenden. Diesen Missstand kritisiert auch die ZKL.

Aus Tierschutzsicht sind viele Punkte im Abschlussbericht enthalten, die Tierschützer:innen hoffnungsfroh stimmen können. Grundsätzlich werden die Umbauempfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung bestätigt, konkretisiert und ergänzt. Die ZKL empfiehlt, die Vorschläge des Kompetenznetzwerks unverzüglich umzusetzen und den Transformationsprozess sowohl hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Machbarkeit wie auch im Hinblick auf seine öffentliche Akzeptanz politisch zu flankieren. Die ZKL versteht es als eine notwendige Begleitung für einen erfolgreichen Umbau der tierhaltenden Landwirtschaft, dass der Konsum und die damit einhergehende Produktion tierischer Produkte zurückgehen. Voraussetzung dafür ist, dass die Wertschöpfung je Tier steigt und Tierhalter:innen auskömmliche Einkommen erwirtschaften.

Darüber hinaus wird das Ziel formuliert, Tierbestände an die Fläche zu binden sowie die Einführung von Obergrenzen pro Standort zu prüfen. Dies würde Mega-Mastanlagen, wie z. B. die im Frühjahr 2021 ausgebrannte Sauenanlage in Alt Tellin in Mecklenburg-Vorpommern, zukünftig verhindern. Ergänzend strebt die ZKL ein Ende von Tiertransporten in Drittstaaten an, damit die Einhaltung des europarechtlichen Tierschutzstandards sichergestellt werden kann. Auch tierwohlgerechtes Schlachten sowie das Verbot der Qualzucht sind ergänzende Forderungen der ZKL. Zentral war auch das Anerkenntnis, dass die Zucht teils negative Folgen für das einzelne Tier hat.

Nach der Kommission ist vor der Transformation. Es ist erfreulich, dass die Ergebnisse einen Pfad beschreiben, wie mittelfristig eine Landwirtschaft

mit höheren Tierschutzstandards, geringerem Konsum und geringerer Produktion tierischer Produkte erreicht wird, in der auch die Landwirt:innen in Deutschland mit dann kleineren Tierbeständen eine Zukunftsperspektive haben. Würde die neue Bundesregierung den Empfehlungen der ZKL und der Borchert-Kommission zum Umbau der Nutztierhaltung und zur Verbesserung des Tierwohls folgen, kann das in der Umsetzung bahnbrechende Fortschritte für den Tierschutz bedeuten.

Das Klima schützen

Um den Klimawandel und seine ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen zu begrenzen, müssen die Treibhausgasemissionen so zurückgefahren werden, dass das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klima-Übereinkommens erreicht werden kann. Hier ist auch die Landwirtschaft gemeinsam mit der Landnutzung gefordert, alle Möglichkeiten für positive Beiträge auszuschöpfen. Die Landwirtschaft, und hier in besonderem Maße auch die landwirtschaftliche Tierhaltung, verursachen in erheblichem Umfang selbst Treibhausgasemissionen. Der Anteil dieser Emissionen am derzeitigen bundesdeutschen jährlichen Ausstoß von Treibhausgasen veranschlagt die ZKL mit knapp neun Prozent. Dazu kommen Treibhausgasemissionen aus landwirtschaftlicher Landnutzung und Landnutzungsänderungen (4,4 Prozent). Angesichts der kurzfristig großen Einsparpotenziale in anderen Sektoren wird der Klimaanteil der Landwirtschaft und der Landnutzung prozentual immer größer werden. Daher müssen schnell wirksame Maßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase aus der Landwirtschaft etabliert werden.

Die ZKL fordert, die Potenziale landwirtschaftlicher Treibhausgassenken (Moore, Humus) deutlich zu steigern und attraktiv zu gestalten. Dabei soll im Einklang mit dem Ziel »Klimaneutralität 2045« eine weitgehende Wiedervernässung der derzeit trocken genutzten landwirtschaftlichen Flächen erreicht werden. Für den entstehenden Nutzungsausfall müssen die entsprechenden Mittel für Landwirt:innen bereitgestellt werden. Die Nutzung und Förderung von Paludikulturen ist zu verbessern.

Nicht weniger wichtig ist der ZKL die Schaffung stabiler Agrarökosysteme, der Erhalt und die Bereitstellung biodiversitätsfördernder Strukturen und Landschaftselemente in ausreichendem Umfang sowie die nachhaltige Gestaltung regionaler Wirtschafts- und betrieblicher Nährstoffkreisläufe. In diesem Zusammenhang gibt die ZKL des Weiteren Empfehlungen für eine Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten, eine Verbesserung des Tierwohls und eine umweltverträglichere räumliche Verteilung der

Tierhaltung, die aller Voraussicht nach mit einer weiteren Verringerung der Tierbestandszahlen einhergehen werden. Um den Methanausstoß zu reduzieren, empfiehlt die ZKL einen den Klimazielen angepassten Umfang der Rinderbestände und die Konzentration auf eine grünlandbasierte Rinderhaltung – einhergehend mit der Anpassung des Konsums. Dies kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Wertschöpfung je Tier steigt und damit das Betriebseinkommen mindestens stabil bleibt. Um die Emissionen aus der Düngebrauchung zu reduzieren, fordert die ZKL eine einzelbetriebliche Stoffstrombilanzierung sowie marktwirtschaftliche Instrumente zur Reduzierung der Stickstoffüberschüsse. Dies soll jedoch erst erwogen werden, wenn die Düngerverordnung nicht ausreicht. Signale aus Brüssel⁶ lassen vermuten, dass auch die kürzliche Verschärfung des Düngerechts ungenügend ist und somit die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe ein zwingender Schritt wäre.

Der Scheinlösung »Klimaschutz durch Gentechnik« setzt die ZKL hingegen enge Grenzen: Sie spricht sich bei den neuen Gentechnikverfahren klar für das Vorsorgeprinzip und die daran ausgerichtete Regulierung aus. Nur mit gesetzlich festgeschriebener Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit lassen sich Wahlfreiheit für Verbraucher:innen, für Landwirt:innen sowie für die Lebensmittelbranche sicherstellen und ökologische Risiken vermeiden.

Jeder Hof zählt

Die ZKL empfiehlt, die Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Ziel eines resilienten und zukunftssicheren heimischen Landwirtschafts- und Ernährungssystems weiterzuentwickeln. Zugleich hält die ZKL fest, dass die ökonomische Nachhaltigkeit vieler Betriebe nicht mehr gegeben ist und unzureichende sowie schwankende Einkommen den Strukturwandel weiter zu beschleunigen drohen. Zwei bis drei Prozent aller Höfe geben jedes Jahr auf – vor allem die Betriebe unter 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche.

Vielfach decken die Erzeuger:innenpreise für Agrarprodukte derzeit nicht die Vollkosten in der Landwirtschaft ab. Die Diversifizierung der Betriebe ist politisch zu begleiten und mitzugestalten. Die Betriebe sollen so zur zusätzlichen oder alternativen Aufnahme neuer Betriebszweige ermutigt werden. Aus dem Nachhaltigkeitsverständnis der ZKL spricht vieles für eine Politik, die nicht auf Betriebs- bzw. Unternehmensgrößen abzielt, sondern auf Ziele wie die Vielseitigkeit von Betriebskonzepten, die Vielfalt von Landschaftsstrukturen zum Erhalt der Biodiversität, das Tierwohl, den Ausbau von Direkt- und Regionalvermarktung sowie die ländliche Strukturbildung.

In diesem Zusammenhang empfiehlt die ZKL, eine Verbesserung der Chancen von kleineren landwirtschaftlichen Betrieben in den Blick zu nehmen.

Dies kann beispielsweise durch neue Geschäftsmodelle sowie Eigentums- und Organisationsformen mit weitgehenden sozialen, kooperativen und Bildungszielen geschehen (z. B. Genossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Regionalwertinitiativen). Hervorgehoben wird auch die Bedeutung von Produktdifferenzierungen (Nischenmärkte, Lebensmittelspezialitäten, Herkunftsangaben wie geschützte Ursprungsangaben), von regionalen, tierwohlkonformen Verarbeitungsstrukturen (z. B. handwerkliche Schlachtung und Fleischverarbeitung) und Direktvermarktung inklusive innovativer Vermarktungswege (Online-Direktvermarktung, Regionalregale etc.) sowie von marktbezogener Beratung. Des Weiteren spricht sich die ZKL für eine frühzeitige Hofnachfolge mit nachhaltiger Neuausrichtung von Betriebskonzepten, für die Unterstützung von Quer- und Neueinsteiger:innen mit innovativen Wertschöpfungsideen sowie von Wissenspartnerschaften (z. B. Innovationshubs) aus. Eine staatlich geförderte Existenzsicherungsberatung ist zu prüfen.

Besonders wichtig ist der ZKL in diesem Zusammenhang ein Blick auf den landwirtschaftlichen Boden. Bund und Länder sollten den Kauf und die Pacht landwirtschaftlicher Flächen sowie die Förderung bei Existenzgründungen stärker regeln als bisher und die Regeln besser durchsetzen. Dazu wären sie bereits heute in der Lage. Jedoch kaufen Investor:innen bislang ohne Kontrolle des Vorrangs für Landwirt:innen und unter Umgehung der Zahlung von Grunderwerbssteuer große Anteile von Flächen. Junglandwirt:innen soll der Bodenzugang erleichtert werden, Pachtverträge sollen mit einer Anzeigepflicht belegt und Anteilskäufe in das landwirtschaftliche Bodenrecht einbezogen werden.

Transformation rechnet sich

Eine Transformation ist nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen notwendig. Die Kosten zur Behebung entstandener Umweltschäden ist langfristig teurer, als jetzt eine Transformation einzuleiten und flankierend zu fördern. Daher schlägt die ZKL umfassende Änderungen zur Erreichung des Zukunftsbildes vor.

Eine ökonomische Stellschraube ist hierbei die EU-Agrarpolitik und die jährliche Verteilung der gut 54 Milliarden Euro über Europas Äckern, Wiesen und Weiden. Was Wissenschaft, einzelne Parteien und viele Nichtregierungsorganisationen seit Langem fordern, findet sich nun auch im Abschlussbericht der Zukunftskommission: Der Erfolg des Transformationsprozesses des Landwirtschafts- und Ernährungssystems setzt nach einhelliger Auffassung der ZKL zwingend voraus, dass die Finanzmittel der öffentlichen Hand in der bisherigen Größenordnung erhalten bleiben, dass sie aber künftig insgesamt der zielgerichteten Finanzierung der Bereitstellung öffentlicher Güter dienen. Dies erfordert, dass die bisherigen flächengebundenen Direktzahlungen aus der Ersten Säule der GAP im Laufe der nächsten zwei Förderperioden (beginnend ab 2023, bis spätestens 2034) schrittweise und vollständig in Zahlungen umgewandelt werden, die konkrete Leistungen im Sinne gesellschaftlicher Ziele betriebswirtschaftlich attraktiv werden lassen. Dies könnten Prämien sein, wie die ab 2023 geltenden Öko-Regelungen, für welche die ZKL ein schrittweise wachsendes Budget einfordert. Auch ein Punktesystem, wie von der AbL und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege vorgeschlagen, wäre denkbar.⁷

Gleichwohl werden die in den staatlichen Haushalten für die Landwirtschaft derzeit zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausreichen, um diese Transformationskosten zu decken. Die Höhe der benötigten staatlichen Transferzahlungen wird aus Sicht der ZKL auch davon abhängen, ob es gelingt, einen funktionierenden Markt für nachhaltig erzeugte Lebensmittel hoher Qualität und andere Leistungen der Landwirtschaft zu entwickeln. Mittel- und langfristig dürften damit auf die Bürger:innen höhere Kosten für ihre Ernährung zukommen. Deshalb muss die Transformation für einkommensschwache Verbraucher:innengruppen sozialpolitisch flankiert werden. Das kann z. B. durch eine Erhöhung des ernährungsbezogenen Satzes bei Transfereinkommen und durch jährliche Kompensationszahlungen bei der Anhebung von Verbrauchssteuern erfolgen. Auch die beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung könnte zielführend sein. Die ZKL ist davon überzeugt, dass die von ihr beschriebenen Transformationspfade so gestaltet werden können, dass sie mit einer fairen gesellschaftlichen Lastenverteilung und mit volkswirtschaftlichen Einsparungen verbunden sind. Die Zeit drängt, daher nahm auch die Idee großen Raum ein, die notwendige Förderpolitik degressiv umzugestalten, d. h.: wer sofort beginnt, hat Chancen auf höhere Förderung.

Ideen gemeinsam entwickeln

Die Arbeit in der Zukunftskommission wurde von der Corona-Pandemie massiv beeinflusst. Von den zehn Plenarsitzungen fanden nur drei physisch statt, der Rest der Debatte verlagerte sich in den digitalen Raum. Das galt auch für die nahezu 100 Sitzungen der fünf Arbeitsgruppen. Die AG Ökonomie,

AG Soziales, AG Ökonomie, AG Zukünfte und AG GAP lieferten einzelne Textbausteine, die im Plenum diskutiert, angepasst und letztendlich als Grundlage für den Abschlussbericht genutzt wurden. Dabei war mehrmals festzustellen, dass einzelne gesellschaftlich relevante Stimmen in der Diskussion fehlten: der Verband für Landschaftspflege, Gewerkschafter:innen oder auch Entwicklungsorganisationen. Ihre Anliegen versuchten wir so gut es ging, in die Diskussionen einzubringen.

Die Arbeitsgruppen diskutierten über angemessene Formulierungen und erarbeiteten zahlreiche Kompromisse. Zahlen über den Artenschwund, den Beitrag der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen, das Höfesterben, das Einkommen oder die Nitratbelastung der Gewässer wurden analysiert. Allen war klar: Es kann nicht so weitergehen wie bisher. Daher ist nur schwer nachvollziehbar, warum Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner den Abschlussbericht als »Rückenwind«⁸ für ihre Agrarpolitik empfand. Er ist eher das Gegenteil.

Innerhalb der vier Akteursgruppen in der ZKL (Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft, Umwelt-Tierschutz-Verbraucherschutz sowie Wissenschaft) gab es unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Dabei war es genauso wichtig, sich mit anderen Mitgliedern, die vermeintlich näher an der eigenen Position waren, als auch mit denjenigen, die politisch eher eine Gegenposition einnahmen, auszutauschen. Die Vertraulichkeit der Sitzungen und fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung (bis auf eine öffentliche Sitzung im Februar 2021) waren hierbei Fluch und Segen zugleich. Sie ermöglichten einen fairen Austausch im geschützten Raum, sorgten aber auch für Skepsis und Misstrauen gegenüber der Arbeit der ZKL. Diese wurde natürlich von allen Seiten beäugt – von Landwirt:innen genauso wie von anderen Verbänden, die nicht Teil der ZKL waren. Nach dem Ausstieg von Greenpeace wurde die weitere Beteiligung der verbleibenden Umweltverbände öffentlich infrage gestellt. Doch es war richtig, dass wir weiter in der ZKL geblieben sind.

Sehr erfreulich war das größtenteils positive Echo, als der Abschlussbericht Ende Juni verabschiedet und Anfang Juli 2021 an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben wurde. Diese einstimmigen Ergebnisse konnten erreicht werden, weil die Kommissionsmitglieder interessensübergreifend vertrauensvoll, mutig und ohne die üblichen Scheuklappen miteinander gesprochen haben. Dabei haben alle viel gelernt. Auf der Landwirtschaftsseite wuchs das Verständnis für die Themen Klimaschutz, Tierschutz, Artenschutz, Natur- und Umweltschutz. Die Umweltseite hat erkannt, dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation bei den Betrieben eine Schlüsselrolle bei der notwendigen Transformation einnimmt.

Zukunft jetzt beginnen

Der Abschlussbericht ist mit »Zukunft Landwirtschaft – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe« überschrieben. Es geht nicht nur um die Zukunft von Bäuerinnen und Bauern – es ist unser aller Zukunft. Die Ergebnisse der Zukunftskommission sind ein Schritt zu einer Zeitenwende. Der Bericht ist der Anfang eines gemeinsamen Weges in eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Die Kommission hat gezeigt: Die derzeitige Landwirtschaftspolitik geht auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt. Damit ist klar: Das heutige System ist nicht nur aus ökologischen und sozialen, sondern auch aus ökonomischen Gründen nicht zukunftsfähig.

Die Diskussionen wurden von dem gemeinsamen Geist getragen, die Zukunft mit Blick auf Klima, Umwelt und Tiere, aber auch mit Blick auf den Berufsstand und den ländlichen Raum zu sichern. Es handelt sich ausdrücklich um einen *Rahmen*, an dem sich die Politik in den kommenden Jahren ausrichten muss. Es wird die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, die geeigneten Instrumente zu erarbeiten und Fristen für Zwischenschritte zu setzen. Da wird es noch Diskussionen im Detail geben, aber die Richtung der Transformation ist durch den Abschlussbericht der ZKL geklärt. Nun muss gehandelt werden.

Die sehr intensive Arbeit in der ZKL hat sich gelohnt. Der dringend nötige Umbau der Landwirtschaft wird von ihr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen. Durch eine Reihe der Kommissionsempfehlungen werden wirkliche Verbesserungen für viele Betriebe ermöglicht. Wenn die Politik diese aufgreift, können Bäuerinnen und Bauern mit ihrer Arbeit Klima, Umwelt, Wasser und Arten besser schützen und

Folgerungen & Forderungen

- Die externen Folgekosten der heutigen Landwirtschaft sind deutlich höher, als die Kosten für einen Umbau entsprechend der Vorschläge der ZKL wären.
- Der Umbau kann von den Landwirt:innen nicht alleine bezahlt und bewältigt werden. Er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und somit politisch zu begleiten.
- Die Empfehlungen der ZKL müssen Grundlage der Agrarpolitik der neuen Bundesregierung sein.
- Der Umbau der Nutztierhaltung entsprechend der Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung muss unverzüglich begonnen werden.
- Die Reform der EU-Agrarförderung – weg von der pauschalen Flächenprämie und hin zur Honorierung gesellschaftlicher Leistungen – ist ab 2023 beginnend innerhalb von zwei Förderperioden abzuschließen.

ihre Tiere tierwohlgerechter halten. Dafür fordert die ZKL zurecht eine angemessene, finanzielle Entlohnung. Voraussetzung für den Umbau ist, dass die Politik die Empfehlungen umsetzt und politische sowie wirtschaftliche Rahmenbedingungen schafft.

Jetzt heißt es handeln! Das wird eine Kraftanstrengung und bedarf massiver, auch finanzieller staatlicher Leistungen. Klar ist: Gesellschaftliche Forderungen müssen auch von der Gesellschaft mitfinanziert werden. Es gilt aber auch: Notwendige Veränderungen zum Erhalt der planetarischen Grenzen dürfen nicht für Klientelpolitik geopfert werden. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

Anmerkungen

- 1 Zukunftskommission Landwirtschaft: Zukunft Landwirtschaft – Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. Berlin 2021 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=4).
- 2 Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung. 11. Februar 2020 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Tiere/Nutztiere/200211-empfehlung-kompetenznetzwerk-nutztierhaltung.pdf?jsessionid=20C3ABFD85E2CDE0C0677AADE8C2AD68.live832?__blob=publicationFile&v=3). – Zur Arbeit der Borchert-Kommission siehe auch M. Schulz und H. Gödde: Generationenprojekt wartet auf Umsetzung. »Borchert-Kommission« empfiehlt Transformation zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 66–73.
- 3 Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BDL), Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz e.V. (BUNDjugend): Gemeinsame Vision zur Zukunft der Landwirtschaft. 2021 (www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Zukunftsbild_Landwirtschaft_BUNDjugend_BDL.pdf).
- 4 Bundesverfassungsgericht (BVerfG): Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270 (www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html).
- 5 Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL: Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten. Berlin

2015 (www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?jsessionid=26CD106EA83B984A90A473C2B99722A8.live832?__blob=publicationFile&v=2).

- 6 S. Michel-Berger: Düngeverordnung: Drohen neue Verschärfungen? In: agrarheute vom 21. September 2021 (www.agrarheute.com/politik/duengeverordnung-drohen-neue-verschaerfungen-585461).
- 7 Siehe hierzu auch den Beitrag von Jürgen Metzner und Sönke Beckmann in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 46–51).
- 8 »Julia Klöckner: Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft ist Rückenwind für meine Arbeit.« Pressemitteilung des Bundesministeriums für Landwirtschaft und Ernährung Nr. 112/2021 vom 30. Juni 2021 (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/112-abschlussbericht-zukunftskommission.html).



Olaf Bandt

Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und Mitglied der Zukunftskommission Landwirtschaft.

olaf.bandt@bund.net



Elisabeth Fresen

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Mitglied der Zukunftskommission Landwirtschaft.

elisabeth.fresen@posteo.de



Thomas Schröder

Präsident Deutscher Tierschutzbund (TSchB) und Mitglied der Zukunftskommission Landwirtschaft.

bg@tierschutzbund.de